

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 120 (1994)
Heft: 43

Artikel: Die Armee macht sich unbeliebt : EMD will aus Spargründen alles Fremde fetzen
Autor: Kreis, Boris
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-611286>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Armee macht
sich unbeliebt

EMD WILL AUS SPARGRÜNDE ALLES FREMDE FETZEN

VON BORIS KREIS

Schon wieder eine Hiobsbotschaft für das Schweizervolk: Das EMD plant, die Uniformen für unsere Soldaten künftig im Ausland zu beschaffen. Aus Spargründen wollen die Einkäufer des Militärdepartements ihre Uniformen nicht mehr von kleinen und kleinsten Schneidbetrieben in der Schweiz anfertigen lassen, sondern von ausländischen Textilfabriken – zum Beispiel in Portugal.

Möglich werden solche Billigeinkäufe durch die neu in Kraft tretenden GATT-Verträge, von denen auch die Textilbranche betroffen ist: Der Bund muss Schweizer Betriebe künftig nicht mehr bevorzugt behandeln, darf also einkaufen, wo es am billigsten ist. Wieviel sich dank dieser Marktöffnung einsparen lässt, zeigt das Beispiel Waffenrock: In Portugal ist er für 40 Franken zu haben, derweil die Schweizer satte 420 Franken für dasselbe Stück Stoff abzocken.

Keine Hilfe mehr für Schwache

Damit ist nun Schluss. Zur Freude des Militärdepartements, das die pro Waffenrock eingesparten 380 Franken für Munition oder anderes Material ausgeben kann, zum Leidwesen der Schneider allerdings, die sich um ihre Haupteinkaufsquelle geprellt sehen und die nun energisch gegen die «ausländischen Fetzen» ankämpfen.

Da die Armee mit Aufträgen an Klein- und Kleinstunternehmen in wirtschaftlich schwachen Gebie-

ten nicht nur eine Art «Wirtschaftsförderung» betrieb, sondern sich damit auch erkenntlich zeigte für den von der Bevölkerung geduldig ertragenen Schieslärm, sind die Randregionen gut gerüstet für den Kampf um die Uniformen.

«Kein einziger Schuss mehr»

Entsprechend deutliche Worte fallen bei der Textillobby. «Wenn man uns die Aufträge entzieht, wird auf unseren Schiessplätzen kein einziger Schuss mehr fallen», droht deren Sprecher Kurt Raggenbass. Indem das Militär einheimisches Schaffen nicht mehr unterstütze, führt er weiter aus, entziehe es sich die Basis im Volk und vergraule all jene, die vor einigen Jahren für die Schweizer Armee eingestanden seien.

Raggenbass ist zudem überzeugt, dass sich alle Gewerbetreibenden der Schweiz für eine Abschaffungsinitiative stark machen würden, sollten sich die Technokraten und Sparapostel im Departement Villiger nicht einsichtig zeigen. Das Volk, gibt sich der Schneider siegesgewiss, «ist eindeutig auf der Seite der Handwerker und Büetzer».

Trotz dieser deutlichen Drohung will das EMD nicht auf seinen Entscheid zurückkommen: «Wir haben den Auftrag, möglichst viel Geld einzusparen. Die Uniformen dürfen da nicht ausgeklammert werden», sagt Chefeinkäufer Rudolf Winkler. Angesichts dieses Sparzwanges sei es unfair von den Gewerbetreibenden, der

Armee nun «Knüppel zwischen die Beine zu werfen». Weit wirkungsvoller wäre es in Winklers Augen, «wenn sich die Handwerker und Büetzer noch stärker für die Armee einsetzen und uns zu einem höheren Budget verhelfen».

Die von den betroffenen Randregionen ausgesprochene Drohung, das Militär in ihrer Gegend nicht mehr schiessen zu lassen, lässt die Armeespitze unbeeindruckt: «Wir schiessen, wo und wann wir wollen. Notfalls erkämpfen wir uns den Zugang zu den Übungsplätzen mit Waffengewalt.» Das Militär, betont der Generalstab in seiner Stellungnahme, sei «kein Wohlfahrtsinstitut zur Erhaltung lebensunfähiger Kleinbetriebe». Zu verteidigen gelte es nicht irgendwelche Strick- und Nähadeln und die solche bedienenden Nostalgiker, sondern Land und Bevölkerung, und dafür seien auch portugiesische Uniformen noch «lange gut genug».

Initiative hat gute Chancen

Wie schon beim Entscheid, die Brieftauben abzuschaffen, hat das EMD den Mund allerdings auch in dieser Frage zu voll genommen: Der Unmut in der Bevölkerung über das rücksichtslose Geschäftsgeschehen der Armee wird immer grösser, ebenso der Wille, alles zu unternehmen, um die Armee schweizerisch bleiben zu lassen. Wie die Reaktionen von Verbänden und Parteien links und rechts der politischen Mitte zeigen, werden die Schneider mit ihrer Volksinitiative für eine «wohlgewandete

Armee mit in der Heimat gefertigten Uniformen» Erfolg haben. Rechten Parteien sind die portugiesischen Uniformen aus strategischen Gründen und angesichts des gefährdeten Militärgheimnisses ein Dorn im Auge, auch sehen sie die Kampfkraft der Soldaten gefährdet, wenn plötzlich «Unschweizerisches an ihnen haftet». Die Linken wehren sich «in erster Linie aus sozialpolitischen Gründen» gegen den Entscheid des EMD. Vom Bund geschröpft würden «einmal mehr wirtschaftlich Benachteiligte und Frauen», ausserdem verfolge der Bund eine äusserst «verwerfliche Politik der Gewinnmaximierung». □



**20 000
Unterschriften
sind erreicht!**

Noch können Sie die Petition zur Einführung eines Hofnarren im Bundeshaus unterstützen! Mit jeder zusätzlichen Unterschrift wird die Bittschrift des Nebelspaltes gewichtiger. Eingereicht wird sie im Frühjahr 1995.